Kurz bevor er Premierminister wurde, stellte der britische Schatzkanzler Neville Chamberlain im Herbst 1936 die körperliche Verfassung der Jugend seines Landes – neben Rüstung und Handelspolitik – in den Mittelpunkt einer programmatischen Rede. Vor allem auch der glänzende Eindruck, den die deutschen Sportler bei den zurückliegenden Olympischen Sommerspielen in Berlin gemacht hatten, veranlasste die Regierung Großbritanniens zwischen 1937 und 1939 zu einer groß angelegten ertüchtigungspolitischen Kampagne. Aber gab es in diesen Fragen auch darüber hinaus einen intensiveren Austausch zwischen beiden Ländern? Welche Rolle spielte der grundlegende Systemgegensatz zwischen britischer Demokratie und nationalsozialistischer Diktatur? Fragen an eine transnationale Geschichtsschreibung, auf die Anna Maria Lemcke mit neuen Quellen Antworten gibt.

Anna Maria Lemcke

„Proving the superiority of democracy"

Die „National Fitness Campaign" der britischen Regierung (1937–1939) im transnationalen Zusammenhang

Einleitung

Als Neville Chamberlain am 2. Oktober 1936 im ostenglischen Seebad Margate eine programmatische Rede vor dem Parteitag der Konservativen hielt, galt der Siebenundsechzigjährige schon seit längerem als Nachfolger des amtsmüden Premierministers Stanley Baldwin, der sich wegen einer Erkrankung in Margate von seinem Schatzkanzler vertreten ließ. Mit entsprechend großer Neugier erwarteten nicht nur die Parteifreunde, sondern auch die politischen Journalisten Chamberlains Ausführungen. Dieser widmete sich neben den zentralen Themen Rüstung und Handelspolitik auch einer dritten Frage, die in der Rezeption der Rede eine besondere Rolle spielen sollte: der körperlichen Verfassung der britischen Bevölkerung und insbesondere der britischen Jugend.

Dazu stellte Chamberlain zunächst fest, dass Großbritannien nur dann eine „wirklich gesunde Nation" werden könne, wenn die körperliche Leistungsfähigkeit der Bevölkerung durch sportliche Betätigung und Bewegung verbessert werde. Um seiner Ankündigung Nachdruck zu verleihen, die Regierung wolle den „allgemeinen Standard der körperlichen Fitness und Entwicklung" erhöhen, spannte der zukünftige Premier den Bogen erstaunlich weit: So führte er aus, dass die Regierung zwar nicht vorhabe, die politische Ordnung in Großbritannien „durch die eines totalitären Staates zu ersetzen", man aber in der Frage der „Aufmerksamkeit gegenüber der körperlichen Entwicklung" sicher „von anderen lernen" könne. Wer mit den „anderen" gemeint war, wurde deutlich, als Chamberlain fortfuhr:

> „Nothing made a stronger impression upon visitors to the Olympic Games in Germany than the splendid condition of the German youth and though our methods are different from theirs in accordance with our national character and

VfZ 4/2009 © Oldenbourg 2009 DOI 10.1524/vfzg.2009.0054

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

> traditions I see no reason why we should not be equally successful in our results."[1]

Chamberlains Ankündigung einer ertüchtigungspolitischen Initiative löste in den nächsten Tagen und Wochen eine lebhafte öffentliche Debatte aus. Dabei zeichneten sich schnell zwei grundsätzliche Positionen ab: Die Reaktion der politischen Linken war – wenn auch nicht durchweg ablehnend – skeptisch und von der Vermutung bestimmt, die Pläne der Regierung zur körperlichen Ertüchtigung der Bevölkerung stünden im Zusammenhang mit der Vorbereitung auf einen möglichen neuen Krieg. So argumentierte der *Daily Worker*, das offizielle Organ der Kommunistischen Partei Großbritanniens, dass nicht die Sorge um das Wohl der Bevölkerung, sondern die Angst vor einem großen europäischen Krieg der Auslöser für die Initiative der „monopolkapitalistischen Herrscher" gewesen sei. Diesen gehe es lediglich darum, diejenigen Soldaten zu ertüchtigen, die sie schon bald zur Verteidigung ihres Eigentums brauchen würden. Eine Entwicklung hin zu einer Arbeitsdienstpflicht, wie sie vor allem konservative Kreise schon seit langem forderten, werde die britische Arbeiterbewegung jedoch, so zeigte sich das Blatt überzeugt, „bis zum letzten Atemzug bekämpfen"[2].

Die führenden rechtskonservativen Zeitungen analysierten ähnliche Zusammenhänge, zogen aus ihnen jedoch die entgegengesetzten Schlüsse: Sie begrüßten die Ankündigungen Chamberlains als längst überfällig und empfahlen bei deren Umsetzung die Orientierung am Vorbild der nationalsozialistischen Ertüchtigungspolitik. Der *Daily Telegraph* etwa lobte den Gesundheitszustand der deutschen Rekruten, von denen „kaum einer wegen physischer Defizite abgelehnt" werde, und gab der britischen Regierung zu bedenken, dass es nichts nutze, „Millionen für Schlachtschiffe auszugeben" und gleichzeitig den physischen Zustand der Bevölkerung zu vernachlässigen[3].

Die liberalen und gemäßigt konservativen Blätter standen mit ihrer Bewertung von Chamberlains Ankündigung zwischen diesen beiden Positionen. So konnte nach Ansicht der Londoner *Times* die Behauptung, Anstrengungen des Staates für die körperliche Ertüchtigung seiner Bürger seien „das Vorrecht eines besonderen politischen Regimes", nicht als Argument gegen die Pläne der Regierung verwendet werden. Vielmehr müsse die Verbesserung der körperlichen Leistungsfähigkeit als potenzieller Trumpf in der ideologischen Auseinandersetzung mit den kontinentaleuropäischen Diktaturen eingesetzt werden:

> „It must be clear, even to those who most fiercely detest the totalitarian philosophy, that if democracy can combine political freedom with an equally high physical standard this would be an additional proof of the superiority of democracy and not the first step towards the imitation of political heresies."[4]

---

[1] Rede Chamberlains beim Parteitag der Conservative Party in Margate am 2. 10. 1936, abgedruckt in: Times vom 3. 10. 1936, S. 7.
[2] Daily Worker (Vorläufer des „Morning Star") vom 20. 10. 1936, S. 4.
[3] Daily Telegraph vom 13. 10. 1936, S. 16.
[4] Times vom 19. 10. 1936, S. 15.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mit seinem Verweis auf die „hervorragende Verfassung“ der deutschen Jugend hatte Neville Chamberlain den Rahmen für die Diskussion der von ihm angekündigten ertüchtigungspolitischen Initiative der britischen Regierung vorgegeben: Von Beginn an wurde das Programm, das unter dem klangvollen Namen „National Fitness Campaign“ vom Herbst 1937 bis kurz nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs lief, sowohl regierungsintern als auch in der britischen Öffentlichkeit unter enger Bezugnahme auf das Dritte Reich erörtert und bewertet.

Im Folgenden soll der Zusammenhang zwischen der National Fitness Campaign und der Ertüchtigungspolitik des Dritten Reichs genauer untersucht werden. Welchen Einfluss hatte das britische Bild von der physischen Verfassung der Deutschen und von deren Beeinflussung durch den Staat auf die Initiierung, Konzeption und Durchführung der National Fitness Campaign? Welchen Austausch in ertüchtigungspolitischen Fragen gab es zwischen beiden Ländern? Welche Rolle spielte der grundlegende Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur in den wechselseitigen Wahrnehmungs- und Austauschprozessen zwischen Großbritannien und dem nationalsozialistischen Deutschland?

Den zentralen Ansatzpunkt für die Fragestellung dieses Aufsatzes bietet die Tatsache, dass die sozialpolitischen Maßnahmen des NS-Regimes einen besonderen Stellenwert in der britischen Wahrnehmung und Beurteilung des Dritten Reichs einnahmen[5]. Vor dem Hintergrund gravierender ökonomischer und sozialer Probleme im eigenen Land wurden die Ansätze des neuen Regimes in Deutschland zur Bewältigung der Weltwirtschaftskrise und ihrer Folgen, insbesondere zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, von britischer Seite mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Auch um nach möglichen Lösungen für Probleme im eigenen Land zu suchen, besichtigten zahlreiche Besucher aus dem Königreich in den dreißiger Jahren staatliche Großbauprojekte im nationalsozialistischen Deutschland, besuchten Lager des Reichsarbeitsdienstes oder verschafften sich vor Ort einen Eindruck von der Arbeit des Winterhilfswerks und der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“. Dabei drückte selbst die Mehrheit der britischen Kritiker und Gegner des Nationalsozialismus, wenn nicht Lob und Bewunderung, so doch Anerkennung und Respekt gegenüber den Sozialeinrichtungen im Dritten Reich aus.

Selbst diejenigen Briten, die Zwang und Reglementierung kritisierten, erkannten – oft mit Hinweis darauf, dass die Unterordnung des Einzelnen seit jeher fester Bestandteil der politischen Kultur in Deutschland gewesen sei – in der NS-Sozialpolitik nicht selten die „guten Seiten“ des Dritten Reichs. Ebenso wie sich die allermeisten Briten in der Verurteilung des innenpolitischen Terrors und des aggressiven außenpolitischen Auftretens Hitlers einig waren, konnten sie sich in Bezug auf die sozialpolitischen Maßnahmen des NS-Regimes mehrheitlich auf die Vorstellung vom „Guten“ im Nationalsozialismus verständigen. Der Schriftsteller

[5] Vgl. dazu Detlev Clemens, Herr Hitler in Germany. Wahrnehmung und Deutung des Nationalsozialismus in Großbritannien 1920 bis 1939, Göttingen 1996; Angela Schwarz, Die Reise ins Dritte Reich. Britische Augenzeugen im nationalsozialistischen Deutschland (1933–39), Göttingen 1993.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

und Journalist Philip Gibbs sprach für viele seiner Landsleute, als er 1938 feststellte:

> „On the social side, at least, these Nazis are doing admirable work for the masses of the common folk, as it is only fair to them to say."[6]

Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse will die vorliegende Arbeit einen Schritt weiter gehen. Sie stellt die Frage, ob die nationalsozialistische Sozialpolitik, für die so viele Briten ein reges Interesse und nicht wenige Anerkennung oder gar Bewunderung zeigten, einen Einfluss auf sozialpolitische Debatten und Maßnahmen in Großbritannien selbst hatte. Dies soll am Beispiel der National Fitness Campaign untersucht werden. Wie kam es im Herbst 1936 dazu, dass die britische Regierung ein Programm zur körperlichen Ertüchtigung der Bevölkerung startete? Wieso verstärkte der Staat sein Engagement in einem Feld, das zuvor im Wesentlichen den zahlreichen privaten Sport- und Jugendorganisationen vorbehalten war?

Dass eine transnationale Perspektive gerade im Hinblick auf die Austauschprozesse zwischen Demokratien und Diktaturen äußerst lohnenswert sein kann, haben u. a. die Arbeiten von Norbert Götz und Kiran Klaus Patel gezeigt[7]. Letzterer hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass sich „die Geschichte einiger sozialpolitischer Maßnahmen in den USA, in Schweden und in einigen anderen Ländern [...] ohne die Analyse von Anleihen und Abgrenzungen gegenüber dem ‚Dritten Reich' kaum erklären" lässt[8]. Diese Arbeit soll zeigen, dass dies auch für die National Fitness Campaign zutrifft.

Die körperliche Leistungsfähigkeit der Bevölkerung war bereits um die Wende zum 20. Jahrhundert ein in Europa und auch in den USA viel diskutiertes Thema. Die Lehre der Eugenik, die von dem Briten Francis Galton, einem Cousin Charles Darwins, in den 1860er Jahren begründet worden war, hatte zu diesem Zeitpunkt den Status einer „internationalen Ideologie"[9] erreicht und einen grenzüberschreitenden Diskurs über die Volksgesundheit befördert. Vertreter aller politischen Richtungen diskutierten über den Zusammenhang zwischen Demographie und Degeneration und über Möglichkeiten, den biologischen Ver-

---

[6] Philip Gibbs, Across the Frontiers, London 1938, S. 185, zit. nach Schwarz, Die Reise ins Dritte Reich, S. 249.

[7] Vgl. Norbert Götz, Ungleiche Geschwister. Die Konstruktion von nationalsozialistischer Volksgemeinschaft und schwedischem Volksheim, Baden-Baden 2001, bes. S. 457–481; Kiran Klaus Patel, „Soldaten der Arbeit". Arbeitsdienste in Deutschland und den USA 1933–1945, Göttingen 2003; ders./Norbert Götz, Facing the Fascist Model. Discourse and the Construction of Labour Services in the United States of America and Sweden in the 1930s and 1940s, in: Journal of Contemporary History 41 (2006), S. 57–73.

[8] Kiran Klaus Patel, Der Nationalsozialismus in transnationaler Perspektive, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 49 (2004), S. 1123–1134, hier S. 1131; vgl. dazu auch ders., Überlegungen zu einer transnationalen Geschichte, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 52 (2004), S. 626–645, bes. S. 640 f.

[9] Dorothy Porter, Health, Civilization and the State. A history of public health from ancient to modern times, London/New York 1999, S. 168.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fall ganzer Nationen durch die Beeinflussung des menschlichen Reproduktionsverhaltens aufzuhalten oder umzukehren. Der Diskurs über Qualität und Quantität der Bevölkerung bildete aber auch den Hintergrund des Auf- und Ausbaus einer Reihe gesundheits- und sozialpolitischer Maßnahmen, der in verschiedenen europäischen Ländern zu Beginn des 20. Jahrhunderts stattfand. Dazu zählten etwa die Einführung kostenlosen Schulessens und medizinischer Pflichtuntersuchungen von Schulkindern in Großbritannien, der Aufbau einer Gesundheitsversorgung für Mütter und Kleinkinder in Frankreich und Schweden sowie verschiedene Maßnahmen zur Vorbeugung chronischer Krankheiten in Preußen[10].

Die Debatte um die National Fitness Campaign drei Jahrzehnte später knüpfte also an eine längere Tradition der Auseinandersetzung um die Volksgesundheit an – eine Auseinandersetzung, die ihrerseits als transnationales Phänomen begriffen werden muss. Die Einordnung in diesen breiteren Zusammenhang und die Skizze der Vorgeschichte des Programms ist Aufgabe des ersten Teils der folgenden Arbeit. Daran anschließend soll die Entstehungsgeschichte der rechtlichen Grundlage der National Fitness Campaign, des „Physical Training and Recreation Act“ vom Juli 1937 untersucht und die Frage nach möglichen Vorbildern des Programms erörtert werden. Darauf folgt eine kurze Skizze des eigentlichen Inhalts der Kampagne und der von ihr anvisierten Ziele. Schließlich sollen anhand zweier Debatten die Hauptmotive der britischen Diskussion um die Aufgaben des Staates in Bezug auf die physische Leistungsfähigkeit seiner Bürger herausgearbeitet werden: Dabei geht es zum einen um die Absetzung von Edward Grigg, einem regional Verantwortlichen der National Fitness Campaign, der sein Amt im Frühjahr 1938 niederlegen musste, nachdem er sich öffentlich für die Einführung eines nichtmilitärischen Pflichtdienstes für junge Männer ausgesprochen hatte. Zum anderen wird die Diskussion um staatlich finanzierte Ferienlager im Winter 1938/39 genauer untersucht. Anhand dieser Beispiele soll das zum Verständnis dieses Kapitels britischer Sozialpolitik grundlegende komplexe Zusammenspiel von interessierter Perzeption der nationalsozialistischen Ertüchtigungs- und Freizeitpolitik und dem Abgrenzungsbedürfnis ihr gegenüber verdeutlicht werden.

1. Die Konzeption einer Initiative zur Verbesserung der „nationalen Konstitution“ 1934/35

Die Planung einer politischen Initiative zur körperlichen Ertüchtigung der britischen Bevölkerung beschäftigte das National Government – eine konservativ dominierte Einheitsregierung, die unter wechselnder Führung vom Sommer 1931 bis zum Mai 1940 bestand – bereits seit dem Frühjahr 1934. Auf Drängen Chamberlains, der sich vor seiner Amtszeit als Schatzkanzler bereits als Sozialpolitiker profiliert hatte, begann der parteieigene *think tank* der Konservativen, das Conservative Research Department (CRD), zu diesem Zeitpunkt, Ideen zur Verbesserung der nationalen Fitness durch die gezielte Förderung von Sport und Erholung zu entwickeln. Bereits in den ersten Konzeptionen wurde der ideologi-

[10] Vgl. ebenda, Kapitel 10.

Jahrgang 57 (2009), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sche Anspruch des geplanten Programms deutlich: So forderte ein Papier, welches von Vertretern des CRD und der Parteizentrale formuliert worden war, jede ertüchtigungspolitische Initiative müsse von dem Grundsatz geleitet werden, dass „jeder Bürger prinzipiell verpflichtet ist, sich körperlich, geistig und moralisch gesund zu halten, um seine Aufgaben im sozialen Leben und bei der Erhaltung unserer geschätzten freien Institutionen zu erfüllen“[11]. Der Appell an das Pflichtbewusstsein der Bürger gegenüber König, Vaterland und parlamentarischer Demokratie sollte auch in der späteren Diskussion um die National Fitness Campaign eine wichtige Rolle spielen.

Ein zweites Motiv der ertüchtigungspolitischen Debatte in Großbritannien tauchte ebenfalls bereits in den Überlegungen des CRD auf: die Betonung der Freiwilligkeit als Basis jedes staatlichen Programms zur Förderung körperlicher Fitness. Ein Memorandum vom März 1935 fasste die Haltung der politisch Verantwortlichen in dieser Frage konzis zusammen, als es konstatierte:

> „The Englishman does not take kindly to compulsion, and therefore, measures for improving physical fitness such as have been adopted in some other countries would be inappropriate over here.“[12]

Beide konzeptionellen Elemente – die Darstellung physischer Leistungsfähigkeit als staatsbürgerlicher Pflicht und die Herausstellung der Freiwilligkeit als Grundlage jeder Form von körperlicher Ertüchtigung – standen dabei in einem Spannungsverhältnis, welches die weitere Entwicklung des Programms maßgeblich prägen sollte. Der hier in der Erwähnung von „einigen anderen Ländern“ bereits anklingende Bezug auf die nationalsozialistische Ertüchtigungspolitik spielte dabei, wie in Chamberlains Parteitagsrede und den Reaktionen darauf bereits deutlich wurde, eine zentrale Rolle.

Die Überlegungen des CRD flossen schließlich in das Wahlprogramm des National Government vom 26. Oktober 1935 ein, in dem die Regierung intensive Bemühungen ankündigte, insbesondere der britischen Jugend „Stolz auf körperliche Fitness einzuimpfen“. Konkrete Maßnahmen zur Verwirklichung dieses Ziels suchten die Wähler in dem Programm allerdings vergeblich. Stattdessen verwies die Regierung Baldwin auf die historische Dimension ihres Vorhabens und erklärte, der „Vorwurf, eine C3-Nation zu sein“, müsse „ein für alle Mal“ aus der Welt geschafft werden[13].

Der Terminus C3, der ursprünglich den untersten Tauglichkeitsgrad britischer Soldaten bezeichnete, wurde nicht erst in den dreißiger Jahren zur Beschreibung körperlicher Defizite der Zivilbevölkerung verwandt[14]. Vielmehr hatten diese

[11] Conservative Party Archive (künftig: CPA), CRD 1/60/3, Memorandum „League of Good Companions“ (undatiert).

[12] CPA, CRD 1/60/2, Memorandum „Health and Physique of the Nation“, 25. 3. 1935.

[13] A Call to the Nation. The Joint Manifesto of the Leaders of the National Government, London 1935, S. 27.

[14] Rekruten der Klasse A waren tauglich für alle Arten des militärischen Dienstes, Soldaten der Klasse C konnten nur in der Heimat zum Einsatz kommen. Im militärischen Gebrauch wurde

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bezeichnung und ihr Gegenpart A1 bereits in der Debatte um die „nationale Effizienz" zu Beginn des 20. Jahrhunderts dazu gedient, Individuen, Familien, soziale Klassen oder ganze Nationen gemäß ihrer physischen Verfassung zu kategorisieren[15]. Die parteiübergreifende Bewegung für nationale Effizienz[16] war nach dem Ende des „Great Victorian Boom" als Reaktion auf die sich ausbreitende Angst vor einem wirtschaftlichen und politischen Bedeutungsverlust Großbritanniens entstanden. Der konkrete Auslöser ihrer Entstehung waren die desaströsen Niederlagen der britischen Armee während des Zweiten Burenkrieges (1899–1902) gewesen, die in weiten Teilen der britischen Öffentlichkeit als endgültiger Beweis für den Niedergang des Empires gedeutet wurden. Angesichts dieser Entwicklung forderten die in einem losen Netzwerk verbundenen Anhänger der Bewegung nicht nur eine umfassende Reform des Militärs, sondern die Neuorganisation des gesamten öffentlichen Lebens unter dem Gesichtspunkt größerer „Effizienz"[17]. Obwohl dabei die Skepsis gegenüber der Problemlösungskompetenz des liberalen Staatsgefüges nicht zwangsläufig mit dessen grundsätzlicher Ablehnung verbunden war – unter den Verfechtern der nationalen Effizienz befand sich eine Vielzahl sozialistischer und liberaler Sozialreformer –, legte die Bewegung doch, so der britische Historiker Martin Pugh, einen wichtigen Grundstein für die Propagierung autoritärer Staats- und Gesellschaftsmodelle im Großbritannien der Zwischenkriegszeit[18].

Der physische Zustand der britischen Bevölkerung war ein zentraler Anknüpfungspunkt für die verbreitete Forderung nach einer Abkehr vom liberalen laissez-faire und mehr staatlicher Intervention im Sinne der nationalen Effizienz. Die Zurückweisung vieler Freiwilliger für den Burenkrieg aufgrund mangelnder körperlicher Tauglichkeit rückte die körperliche Leistungsfähigkeit der Bevölkerung um die Jahrhundertwende ins Zentrum des öffentlichen Interesses. Bereits während des Krieges kam es zu einer hitzigen, teilweise an Hysterie grenzenden Debatte über den schlechten Gesundheitszustand insbesondere der unteren Gesellschaftsschichten[19]. Die Forderungen von Sozialreformern verschiedener politischer Provenienz nach einer stärkeren staatlichen Verantwortung für die physische Verfassung der Bevölkerung überschnitten sich dabei mit den Zielen der entstehenden Eugenik-Bewegung, die in der 1907 gegründeten Eugenics

diese Skala bereits 1917 durch die Klassifizierung in die Stufen 1–4 ersetzt. Vgl. dazu Joanna Bourke, Dismembering the Male. Men's Bodies, Britain and the Great War, London 1996, S. 172.

[15] Vgl. ebenda, S. 175 f.

[16] Vgl. dazu Geoffrey R. Searle, The Politics of National Efficiency and of War 1900–1918, in: Chris Wrigley (Hrsg.), A Companion to Early Twentieth-Century Britain, Malden/Oxford 2003, S. 56–71.

[17] Vgl. dazu ebenda; Geoffrey R. Searle, The Quest for National Efficiency. A Study in British Politics and Political Thought, 1899–1914, Oxford 1971.

[18] Vgl. Martin Pugh, „Hurrah for the Blackshirts!" Fascists and Fascism in Britain between the Wars, London 2005, S. 15.

[19] Vgl. Searle, The Quest, S. 60.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 57 (2009), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Society eine ähnlich heterogene Anhängerschaft versammelte wie die Bewegung für nationale Effizienz[20].

Insbesondere in den Vorstellungen vieler konservativer Anhänger der Eugenik-Bewegung verbanden sich die physischen Defizite der unteren sozialen Schichten, die im Burenkrieg evident geworden waren, mit dem Problem sinkender Geburtenraten in den mittleren und oberen sozialen Etagen. Der Umstand, dass diese niedriger waren als in der Arbeiterschaft, führte in Kombination mit der verbreiteten Annahme, dass sozial Schwache genetisch bedingt körperlich schwächer und weniger intelligent seien, vielfach zu der Überzeugung, in Großbritannien entstehe eine „Rasse von Degenerierten"[21]. Einige der Teilnehmer an dieser Debatte, wie der rechtskonservative Publizist Arnold White, gingen dabei so weit, aus dem vermeintlich drohenden „rassischen Selbstmord"[22] die Forderung nach einer „Sterilisation der Untauglichen" im Sinne der nationalen Effizienz abzuleiten[23].

Als das National Government in seinem Wahlprogramm von 1935 versprach, den Vorwurf, Großbritannien sei eine „C3-Nation", „ein für alle mal" ausräumen zu wollen, konnte es also an eine jahrzehntealte Diskussion um die körperliche Leistungsfähigkeit der (männlichen) Bevölkerung anknüpfen[24]. Die Entscheidung der Regierung Baldwin und insbesondere des Schatzkanzlers Chamberlain, ein Programm zur Verbesserung der „nationalen Konstitution" aufzulegen und im Wahlprogramm von 1935 anzukündigen, war durch verschiedene politische Erwägungen bedingt. So hatte die Verlängerung der Freizeit von Arbeitern und Angestellten im Zuge von Rationalisierung und Arbeitszeitverkürzungen seit dem Ende des Ersten Weltkriegs im Vereinigten Königreich – wie in den meisten Industriegesellschaften – ein in diesem Ausmaß bisher unbekanntes soziales Phänomen entstehen lassen[25]. Auch die Conservative Party wusste, dass sie sich unter den Bedingungen der modernen Massendemokratie nicht auf eine Klientelpolitik zugunsten ihrer Stammwählerschaft beschränken konnte. Stattdessen war ihr

[20] Vgl. Arnd Bauerkämper, Sozialdarwinismus in Großbritannien vor dem Ersten Weltkrieg, in: Manfred Hettling u. a. (Hrsg.), Was ist Gesellschaftsgeschichte? Positionen, Themen, Analysen, München 1991, S. 198–206, bes. S. 201 f.

[21] Searle, The Quest, S. 60.

[22] Ebenda.

[23] Arnold White, Eugenics and National Efficiency, in: Eugenics Review 1 (1909), S. 105–111, zit. nach Bernhard Dietz, Gab es eine „Konservative Revolution" in Großbritannien? Intellektuelle Liberalismuskritik im Zeichen der Krise, 1926–35, Ms., Magisterarbeit Humboldt Universität Berlin 2004, S. 32. Zum Verhältnis der radikalen Rechten zur Eugenik-Bewegung und zu den genuin rassistischen Elementen der britischen Eugenik vgl. Dan Stone, Race in British Eugenics, in: European History Quarterly 31 (2001), S. 397–425; ders., Breeding Superman. Nietzsche, Race and Eugenics in Edwardian and Interwar Britain, Liverpool 2002.

[24] A Call to the Nation, S. 27.

[25] Auch in Großbritannien war unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkriegs der Achtstundentag für Industriearbeiter eingeführt worden. 1924 währte die tarifliche Normalarbeitswoche im Durchschnitt 47 Stunden. Vgl. Johannes Paulmann, Freizeit in der britischen Klassengesellschaft, in: Archiv für Sozialgeschichte 33 (1993), S. 211–244, bes. S. 219.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

politisches Überleben in zunehmenden Maße davon abhängig, ob sie die Unterstützung der Arbeiterschaft und der unteren Mittelklasse gewinnen konnte[26].

Es waren diese tiefgreifenden strukturellen Veränderungen, welche die Entscheidung der konservativen Parteistrategen begründete, aus der gewachsenen Bedeutung der Freizeit für große Teile der Bevölkerung auch einen politischen Handlungsbedarf abzuleiten. Die seit den zwanziger Jahren wachsende Begeisterung der Bevölkerung für aktiven Sport und gesundheitsfördernde Freizeitbeschäftigungen wie Radfahren oder Wandern[27] bot den konservativen Strategen einen idealen Anknüpfungspunkt für ihre ertüchtigungspolitischen Konzepte: Zum einen konnte die Partei auf die Popularität dieser Aktivitäten bauen und mit ihrer Förderung an die Wähler appellieren. Zum anderen wurde der sportlichen Betätigung ein gesellschaftspolitisch stabilisierender Effekt zugeschrieben. Organisierte körperliche Aktivität sollte auch dazu beitragen, die immer länger werdende Freizeit großer Teile der Bevölkerung sinnvoll auszufüllen. Neben diesen allgemeinen Überlegungen spielte die ertüchtigende Wirkung einer staatlichen Förderung von Sport und Freizeit für die Vordenker der National Fitness Campaign eine besondere Rolle. Dabei konnten sie an eine lange Tradition von Degenerationsvorstellungen in den politischen Diskursen des eigenen Landes anknüpfen. Darüber hinaus war die Konzeption eines Programms zur Verbesserung der nationalen Konstitution jedoch auch von der Auseinandersetzung mit ertüchtigungspolitischen Entwicklungen im Ausland, insbesondere in den kontinentaleuropäischen Diktaturen, geprägt. Der Zusammenhang zwischen internen Faktoren und nationalen Traditionen auf der einen, der Rezeption externer Entwicklungen und Bedrohungen auf der anderen Seite sollte auch die Auseinandersetzungen um die physische Leistungsfähigkeit der britischen Nation in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre bestimmen.

2. „Fit for What?“ – Der Physical Training and Recreation Act und die National Fitness Campaign 1936–39

Das große öffentliche Echo auf Neville Chamberlains Rede in Margate Anfang Oktober 1936 führte in den folgenden Monaten zu einer raschen Konkretisierung der beim Parteitag noch sehr allgemein formulierten Pläne für die Verbesserung der nationalen Konstitution. Wiederum auf Drängen Chamberlains wurde bereits Mitte Oktober ein „Cabinet Committee on Physical Training“ gegründet, dem neben dem Schatzkanzler auch die liberalen Minister John Simon (Inneres) und Ernest Brown (Arbeit) sowie deren konservative Kabinettskollegen Oliver Stanley (Bildung) und Kingsley Wood (Gesundheit) angehörten. Eine Beteiligung des Kriegsministeriums an der Arbeitsgruppe ist im Kabinett interessan-

[26] Zum Wandel der Conservative Party in der Zwischenkriegszeit vgl. Christina Bussfeld, „Democracy versus Dictatorship“. Die Herausforderung des Faschismus und Kommunismus in Großbritannien 1932–1937, Paderborn 2001, S. 80–89.

[27] Vgl. dazu u. a. David Matless, Landscape and Englishness, London 1998, Kapitel 4.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

terweise nicht diskutiert worden[28]. Ob es eine bewusste Entscheidung war, das Thema der nationalen körperlichen Ertüchtigung von Beginn an unter sozial- anstelle von wehrpolitischen Vorzeichen zu stellen, ist auf der Basis der Akten zwar nicht nachvollziehbar, vor dem Hintergrund der sich bereits andeutenden öffentlichen Kritik an den Plänen der Regierung aber durchaus denkbar.

Nach dreimonatiger Beratung legte das Komitee im Januar 1937 dem Kabinett ein Weißbuch mit dem Titel „Physical Training and Recreation" vor, das kurz darauf veröffentlicht wurde[29]. Dieses Konzept sah vor, über einen Zeitraum von drei Jahren Investitionszuschüsse in Höhe von zwei Millionen Pfund für den Ausbau von Sport- und Freizeiteinrichtungen zur Verfügung zu stellen, um die sich sowohl kommunale Bildungsbehörden wie auch private Organisationen bewerben konnten[30]. Neben der konkreten finanziellen Förderung von Sport- und Freizeitangeboten war es laut Weißbuch ein zentrales Anliegen der Regierung, der Öffentlichkeit den „Wert körperlicher Fitness um ihrer selbst willen" zu vermitteln[31]. Zu diesem Zweck war die Ernennung eines nationalen Beratungsgremiums vorgesehen, das neben der allgemeinen Beratung der Regierung in Fragen der Leibesübungen vor allem die Koordination von „Publicity und Propaganda" übernehmen sollte[32]. Mit diesem Vorschlag legte das Weißbuch den Grundstein für eine der ersten nationalen PR-Kampagnen der britischen Regierung überhaupt[33].

Während die Beratungen des „Cabinet Committee on Physical Training" in vollem Gange waren, ergab sich für eine Gruppe britischer Ertüchtigungsexperten die Gelegenheit, neben der schwedischen Sportförderung, über die sich in den Unterlagen des Komitees ein ausführlicher Bericht findet[34], auch das deutsche System der Leibeserziehung genauer zu studieren. Auf Einladung des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung reisten zehn Vertreter des federführenden Board of Education und einiger kommunaler Bildungsbehörden am 8. November 1936 nach Berlin. In den folgenden zehn Tagen verschaffte sich die Delegation unter der Leitung von E. G. Savage, dem obersten Schulinspektor des Londoner Bildungsministeriums, einen Überblick über das gesamte Spektrum der staatlich organisierten Leibesübungen im Dritten Reich. Dazu besuchten die Beamten unter anderem verschiedene Berliner Schulen, die Nationalpolitische Erziehungsanstalt in Spandau, Einrichtungen des Hochschulsports und der Lehrerausbildung sowie das Reichssportfeld. Daneben stand die Besichtigung weiterer NS-Ertüchtigungsinstitutionen wie der Hitler-Jugend,

[28] The National Archives London (künftig: TNA), CAB 23/85, Protokoll der Kabinettssitzung am 14.10. 1936, S. 272.
[29] Vgl. Physical Training and Recreation. Memorandum explaining the Government's proposals for the development and extension of the facilities available, London 1937.
[30] Vgl. ebenda, S. 6–10.
[31] Ebenda, S. 12.
[32] Ebenda, S. 6.
[33] Vgl. Mariel Grant, The National Health Campaigns of 1937–38, in: Derek Fraser (Hrsg.), Cities, Class and Communication. Essays in Honour of Asa Briggs, New York u. a. 1990, S. 216–229, hier S. 217.
[34] TNA, CAB 27/612, Memorandum „Physical Training in Sweden" vom 9. 12. 1936, S. 1.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einem Landjahr- und einem Arbeitsdienstlager und der Besuch einiger Sportveranstaltungen der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ auf dem Programm. Mehrere Vorträge von Beamten des Reichsministeriums und ein gemeinsames Mittagessen mit dem höchsten NS-Sportfunktionär, dem Reichssportführer Hans von Tschammer und Osten, sollten den britischen Besuchern zudem die offiziellen sport- und ertüchtigungspolitischen Ansichten des Dritten Reichs vermitteln und ein Forum für den persönlichen Austausch bieten[35].

Der Vorschlag, eine Studienreise nach Deutschland zu unternehmen, war dem Board of Education bereits im März 1936 von einem Mitarbeiter der Londoner Zweigstelle des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) unterbreitet worden[36]. Bei einem weiteren Treffen im April wurde klar, dass der DAAD dabei im Auftrag des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung gehandelt hatte und die britischen Beamten als offizielle Gäste der Reichsregierung nach Deutschland reisen würden. Das Anliegen der deutschen Regierung sei es, so die DAAD-Mitarbeiter Wilmsen und Härn, „Fehleinschätzungen über die Situation in Deutschland zu korrigieren“ und insbesondere dem Eindruck entgegenzuwirken, die Leibeserziehung in Deutschland diene lediglich militärischen Zwecken[37]. Die Bemühungen der Deutschen stießen bei den Briten auf offene Ohren. Offenbar sensibilisiert durch die bevorstehenden Olympischen Spiele, erklärte ein Mitarbeiter des Board of Education in Reaktion auf einen Zeitungsbericht über die Einladung der Reichsregierung, eine Reise nach Deutschland sei „zum jetzigen Zeitpunkt wesentlich sinnvoller“ als vergleichbare Reisen nach Schweden oder Dänemark[38].

Die sorgfältige Vorbereitung des Besuchs – neben den offiziellen Terminen war ein umfangreiches Rahmenprogramm für die britischen Gäste organisiert worden – sollte sich für die deutschen Gastgeber auszahlen. Im Frühjahr 1937 erschien der Bericht „Physical Education in Germany“ in einer Schriftenreihe des Board of Education. Darin schilderte die britische Delegation ihre Beobachtungen und alle in Deutschland besuchten Institutionen sehr detailliert und legte damit ein Kompendium vor, das nach Ansicht der Autoren nicht nur für Experten interessant, sondern auch „von allgemeinem Interesse, vor allem zum jetzigen Zeitpunkt“ war[39]. Die Einleitung des Berichts betonte die Offenheit der Deutschen, die nach Einschätzung der britischen Beamten die besichtigten Einrichtungen „bereitwillig erklärt und ihre Ansichten aufrichtig geäußert“ hatten. Dies habe nicht nur die Arbeit der Delegation enorm erleichtert, sondern auch einen „äußerst angenehmen Eindruck hinterlassen“[40].

[35] TNA, ED 121/192, „Programm für den Studienaufenthalt der englischen Leibeserzieher in Berlin“ (undatiert).
[36] Ebenda, Protokoll über ein Treffen zwischen Captain S. J. Parker (Bord of Education, künftig: BoE) und Wilmsen (DAAD) am 2. 3. 1936.
[37] Ebenda, Protokoll über ein Treffen zwischen W. R. Richardson (BoE), Parker, Wilmsen und Härn (DAAD) am 8. 4. 1936.
[38] Ebenda, Parker an Maurice Holmes (BoE), 31. 10. 1936.
[39] Board of Education (Hrsg.), Physical Education in Germany, London 1937, Zitat S. 2.
[40] Ebenda, S. 7.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 57 (2009), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Der gesamte Bericht legte nahe, dass es den Organisatoren der Studienreise in beträchtlichem Maße gelungen war, die britischen Besucher für die Ertüchtigungspolitik des nationalsozialistischen Deutschland einzunehmen. Die hervorgehobene Rolle, welche die Leibesertüchtigung in diesem „land of superorganisation" spielte, und das Ausmaß der Ressourcen, die der Staat dafür zur Verfügung stellte, versetzten die Beamten regelrecht ins Schwärmen[41]. Dabei reflektierten sie durchaus, dass die Leibeserziehung im Deutschland des Jahres 1936 untrennbar mit der nationalsozialistischen Ideologie verbunden war, und räumten ein, dass die Frage gestellt werden müsse, ob die zwangsweise körperliche Ertüchtigung in Schule und Universität, Arbeitsdienst und Wehrmacht nicht „zu weit" gehe. Der Argumentation ihrer deutschen Gesprächspartner, die Betonung der körperlichen Ertüchtigung im „Neuen Deutschland" sei eine natürliche Reaktion auf die „exzessive Beschäftigung mit dem Geist, die der Hauptgrund für die Schwäche Deutschlands in der Vergangenheit war", gestanden die Briten jedoch „ein Körnchen Wahrheit" zu[42].

Die Passagen des Berichts, in denen Kritik oder zumindest Unbehagen gegenüber der NS-Ertüchtigungspolitik deutlich wurde, waren sehr zurückhaltend formuliert. So wurde der Eindruck, den die Besucher von den deutschen Jugendlichen hatten, wie folgt beschrieben:

> „There was one thing that greatly impressed the Delegation and which may or may not be significant, namely, a certain tenseness and ultraseriousness of expression among the young people seen at work in the schools and in the Hitler-Jugend."[43]

Ein entschieden positives Urteil fällte die Delegation hingegen über die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude". Sie galt den britischen Beamten als „angenehmstes und vielleicht instruktivstes Phänomen des Dritten Reichs", für dessen „exzellente Arbeit" man nicht umhin könne, „voller Bewunderung" zu sein. Die in der britischen Öffentlichkeit geäußerte Kritik an der Organisation war in den Augen der Delegierten lediglich Ausdruck von Unwissenheit und Vorurteilen:

> „There is no evidence whatsoever, to the unpredjudiced observer, that the real object of ‚Kraft durch Freude' is the sinister one of merely ensuring that wage-slaves shall be kept physically fit for the daily grind at the mill and on the land. The whole spirit that informs the movement is far too generous for that."[44]

[41] So führte der Bericht aus: „A wealth of varied and attractive facilities for physical education has been provided, requests for the supply of material and apparatus seem to be ungrudgingly met, appropriate steps are being taken to secure and train teachers and instructors, the material resources of the various state services are being laid under constant contribution, careful arrangements are being made for the co-ordination and proper direction of effort and the best organisational talent in a land of super-organisation is being placed at the disposal of the movement", in: Ebenda, S. 76.
[42] Ebenda, S. 76 f.
[43] Ebenda, S. 78.
[44] Ebenda, S. 73.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das insgesamt sehr positive Urteil, welches der deutschen Ertüchtigungspolitik in dem offiziellen Bericht der Delegation zuteil wurde, war indes nicht nur ein Ausdruck der Bewunderung für Teilaspekte des sozialen Experiments im nationalsozialistischen Deutschland. Wie die Unterlagen über den Entstehungsprozess von „Physical Education in Germany“ zeigen, war den verantwortlichen Beamten des Board of Education auch sehr daran gelegen, ihre deutschen Gastgeber nicht durch übermäßige Skepsis oder offene Kritik zu brüskieren. So waren zum Beispiel aus dem Abschnitt über „Kraft durch Freude“ die Erwähnung der Nürnberger Gesetze und eine implizite Kritik am Arbeitsdienst und an der Hitler-Jugend herausredigiert worden[45]. In einer internen Notiz mahnte der Bildungsstaatssekretär Maurice Holmes, der Bericht dürfe nichts enthalten, was „deutsche Empfindlichkeiten verletzen“ könnte[46]. Auf seine Anregung hin und mit Zustimmung des Foreign Office, dem der Entwurf zur Prüfung übersandt worden war, wurde ein ursprünglich enthaltener Hinweis auf die angespannte ökonomische Situation in Deutschland aus dem Bericht gestrichen. Auch die Beobachtung einiger offensichtlich mangelernährter Kinder in den von der Delegation besuchten Schulen fand in dem offiziellen Dokument keine Erwähnung[47].

Der äußerst wohlwollende Tenor des Berichts „Physical Education in Germany“ war damit nicht nur das Ergebnis des Versuchs der deutschen Seite, den britischen Besuchern ein perfektes Bild des nationalsozialistischen Deutschland zu präsentieren. Er war auch ein Zeugnis der Bemühungen der britischen Beamten selbst, Verstimmungen ihrer deutschen Kollegen zu vermeiden, indem potenziell kontroverse Themen wie die NS-Rassengesetze nicht angesprochen und beobachtete Missstände, wie die zumindest in Einzelfällen auftretende Mangelernährung, nicht erwähnt wurden. Damit ist „Physical Education in Germany“ auch ein Dokument der britischen Appeasementpolitik, welches verdeutlicht, dass die Strategie der Beschwichtigung und Konfliktvermeidung nicht nur auf der höchsten Regierungsebene verfolgt wurde.

In den Beratungen über das Weißbuch „Physical Training and Recreation“, die bis zum Januar 1937 andauerten, fanden die detaillierten Kenntnisse über die nationalsozialistische Ertüchtigungspolitik, welche die britische Delegation während ihres Aufenthalts in Deutschland gesammelt hatte, keine Erwähnung. Dies

[45] In der Rohfassung hatte es geheißen: „Whatever one may think of such things as the so-called ‚Nürnberg Laws‘ and the New Militarism, and whatever doubts one may entertain about the Hitler jugend [sic!] and even about the Labour Service, one cannot, in common fairness, withhold one's admiration for the excellent work that ‚Kraft durch Freude‘ is doing; it is by far and away the most agreeable phenomenon of the Third Reich.“ Wer der Autor dieser ursprünglichen Fassung des Berichts war und wer die Überarbeitung dieser Passage zu verantworten hatte, ist aus den Akten nicht ersichtlich. Die Rohfassung wurde von E. G. Savage mit der Bitte um Änderungsvorschläge an die übrigen Mitglieder der Delegation verschickt. TNA, ED 121/192, Savage an David Thomason etc., 11. 2. 1937. An anderer Stelle wird auch der Schulinspektor H. M. Thurston als Verantwortlicher für den Bericht erwähnt. Ebenda, Thurston an Richardson, 17. 3. 1937.

[46] Ebenda, Minute von Holmes an E.G. Howarth, 15. 3. 1937.

[47] Ebenda, Stephen Gaselee (Foreign Office) an Richardson, 20. 4. 1937.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

war sicher auch darauf zurückzuführen, dass es nach der Rückkehr der Delegation Mitte November 1936 mehrere Monate dauerte, bis der Bericht über die Studienreise erstellt worden war. Selbst wenn jedoch der Bericht dem Kabinettskomitee vorgelegen hätte, ist es wenig wahrscheinlich, dass sich die darin enthaltenen Informationen konkret auf den Gesetzgebungsprozess ausgewirkt hätten. Wie bereits am Beispiel des – folgenlos gebliebenen – Berichts über die schwedische Leibeserziehung in den Unterlagen des Komitees deutlich wurde, folgte einem intensiven Interesse an den Methoden anderer Länder nicht notwendigerweise das Streben nach deren direkter Adaption. Schließlich sprach auch das grundsätzliche Unbehagen gegenüber den Methoden der NS-Ertüchtigungspolitik, welches im Bericht der Delegation zumindest anklang, gegen eine unmittelbare Orientierung des Weißbuchs an den Details des deutschen Modells.

Wie die politische Debatte um das Weißbuch „Physical Training and Recreation" und die daraus hervorgehende Gesetzesvorlage zeigen sollte, beeinflussten die ertüchtigungspolitischen Konzepte des Dritten Reichs die Gestaltung der britischen Politik auf eher indirektem Wege. Nachdem das Weißbuch am 27. Januar 1937 nach einigen unbedeutenden Änderungen des ursprünglichen Entwurfs vom Kabinett verabschiedet worden war[48], wurde ein entsprechender Gesetzentwurf Anfang Februar ins Unterhaus eingebracht. Bildungsminister Stanley nutzte diese Gelegenheit, um den Abgeordneten zu verdeutlichen, dass es dem National Government um mehr ging als um den Bau einiger zusätzlicher Turnhallen und Sportplätze. Die Argumentation der *Times* vom Oktober 1936 aufgreifend, stilisierte Stanley die Vorschläge der Regierung zu einer Chance, die Überlegenheit der britischen Demokratie gegenüber den kontinentaleuropäischen Diktaturen zu beweisen.

Demnach lag die Bedeutung der Initiative nicht allein in der sozialpolitischen Dimension einer verstärkten Förderung von Sport und Erholung. Vielmehr gewinne sie vor allem durch die internationale politische Situation an Dringlichkeit, die nach Ansicht des Bildungsministers eine „große Herausforderung für die Demokratie" darstellte. Um sie zu verteidigen, brauche man jedoch nicht nur „Reden und Argumente", man müsse vielmehr beweisen, dass die „mechanischen Vorteile" der Diktatur verwirklicht werden könnten, ohne „die individuelle Freiheit, zu denken, zu verstehen und zu entscheiden", aufzugeben. Jeder Beobachter, unabhängig von seiner politischen Überzeugung, der einen der „autoritären Staaten" besucht habe, war nach Stanleys Einschätzung von dem „Standard der Körperkultur in diesen Ländern" beeindruckt. Gelänge es in Großbritannien, denselben Standard nicht durch Verordnungen, sondern auf der Basis des persönlichen Interesses des einzelnen Bürgers zu erreichen, wäre dies „ein außerordentlicher Tribut an den Wert unserer freien Institutionen"[49].

Als das House of Commons die Physical Training and Recreation Bill am 11. Juni 1937 schließlich verabschiedete, war der geistige Urheber der Vorlage,

[48] TNA, CAB 23/87, Kabinettssitzung am 27. 1. 1937, S. 124.

[49] Parliamentary Debates. House of Commons. Official Report, 5th Series, London 1909 ff., Vol. 320, 8. 2. 1937, Sp. 74 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Neville Chamberlain, bereits Premierminister[50]. Schon mehrere Monate zuvor, im Februar 1937, hatte Chamberlains Amtsvorgänger Baldwin indes die Mitglieder des „National Advisory Council on Physical Training and Recreation", kurz National Fitness Council (NFC), ernannt[51]. Vorsitzender des Rates wurde Lord Aberdare, ein ehemaliger Tennisprofi und Vertreter Großbritanniens im Exekutivausschuss des Internationalen Olympischen Komitees. Seinen ersten Auftritt im neuen Amt nutzte Aberdare, um vor Pressevertretern das Motto der National Fitness Campaign zu verkünden und damit der Öffentlichkeit zu demonstrieren, dass die Regierung nicht beabsichtigte, den totalitären Körperkult zu kopieren. In offensichtlicher Abgrenzung von dem nationalsozialistischen Slogan „Kraft durch Freude" sollte es laut Aberdare bei der britischen Kampagne um „Leisure with Pleasure" gehen[52].

Unter den übrigen 30 Mitgliedern des National Fitness Council befanden sich mehrere prominente Ex-Athleten und andere in der breiten Öffentlichkeit bekannte Persönlichkeiten: Neben dem ehemaligen olympischen Hürdenläufer Lord Burghley war auch der prominente Mediziner und Eugeniker Lord Dawson of Penn, der spätere Mitbegründer des National Health Service, für die ehrenamtliche Mitarbeit in dem Gremium gewonnen worden. Hinzu kamen die Vorsitzende der „Women's League of Health and Beauty", Prunella Stack, der konservative Abgeordnete und ehemalige Kapitän der englischen Rugby-Nationalmannschaft, William Wakefield, und der Schatzmeister der National Playing Fields Association, Sir Noel Curtis-Bennett. Als Vertreter der Opposition – die parteipolitische Balance sollte offenbar auch in dem angeblich unpolitischen Expertengremium nicht gänzlich unberücksichtigt bleiben – fungierte Philipp Noel-Baker. Der Labour-Abgeordnete war lange ein enger Mitarbeiter des ehemaligen Außenministers und Organisators der Genfer Abrüstungskonferenz, Arthur Henderson, gewesen. Für den National Fitness Council qualifizierte sich der Gewinner der olympischen Silbermedaille im 1500-Meter-Lauf bei den Spielen 1920 jedoch eher durch seine sportlichen als durch seine politischen Verdienste[53].

Nach dem Inkrafttreten des Physical Training and Recreation Act konnte der National Fitness Council im Juli 1937 seine Arbeit in vollem Umfang aufnehmen. Die Kompetenzen des Gremiums waren dabei vom Gesetzgeber nur vage formuliert worden und ließen der Exekutive einen relativ großen Spielraum. Bereits bei

[50] Chamberlain hatte am 28. 5. 1937 die Nachfolge des amtsmüden Premierministers Stanley Baldwin angetreten. Vgl. dazu u. a. Stephen J. Lee, Aspects of British Political History 1914–1995, London 1996, S. 81.

[51] Bei der Diskussion des Weißbuchs im Kabinett hatte der Kriegsminister seine Hoffnung ausgedrückt, die Armee werde in dem neu zu schaffenden National Fitness Council vertreten sein; auf die Forderung einer entsprechenden Festlegung im Weißbuch hatte er jedoch verzichtet. Bei der Besetzung des Gremiums spielte die Hoffnung des War Office denn auch keine Rolle. TNA, CAB 23/87, Protokoll der Kabinettssitzung am 27. 1. 1937, S. 123 f.

[52] Times vom 16. 3. 1937, S. 14.

[53] Zu den biographischen Angaben vgl. die Einträge in: H. C. G. Matthew/Brian Harrison (Hrsg.), Oxford Dictionary of National Biography. From the earliest times to the year 2000, 60 Bde., Oxford 2004.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der ersten Sitzung des NFC am 3. März 1937 – also mehrere Monate vor dem Inkrafttreten des Physical Training and Recreation Act – war die Gründung eines „Propaganda Subcommitee“ unter dem Vorsitz Lord Burghleys beschlossen worden, das mit der Vorbereitung der Fitness-Kampagne im engeren Sinne betraut wurde[54]. In den folgenden Monaten sollte dieses Gremium eine Kampagne konzipieren, die von den Zeitgenossen als aufwändig und sehr professionell wahrgenommen wurde[55]. Als eines der wichtigsten Mittel, um die Bevölkerung von der Notwendigkeit körperlicher Betätigung zu überzeugen, wurden Plakate eingesetzt. Diese sollten nicht nur zur Ausübung verschiedenster Sportarten animieren, sondern vermittelten auch alltagstaugliche Ratschläge für die Förderung der körperlichen Gesundheit, wie etwa den Arbeitsweg zu Fuß anzutreten. Dabei ging es den Initiatoren der Kampagne offensichtlich nicht nur um die Steigerung des individuellen Wohlbefindens des einzelnen Bürgers, sondern auch um die Erhöhung von dessen Leistungsfähigkeit im nationalen Interesse. „England expects every man and woman to be healthy and fit“ – mit Slogans wie diesen hofften die Fitness-Propagandisten im staatlichen Auftrag, der britischen Bevölkerung die politische Dimension der körperlichen Ertüchtigung zu verdeutlichen[56].

Im Juli 1937 veröffentlichte der NFC eine erste Broschüre, die in einer Auflage von 500 000 Stück an kommunale Bildungsbehörden, Jugendorganisationen und Sportvereine verteilt wurde, um diese über die neuen Möglichkeiten der staatlichen Sport- und Freizeitförderung zu informieren. Neben den formalen Details des Programms vermittelte die Publikation auch einen Eindruck von den prinzipiellen Zielen, die der NFC im Auftrag der Regierung verfolgte. So erklärte der Vorsitzende Lord Aberdare, die Zustimmung des Parlaments, der Presse und der Öffentlichkeit zur Ernennung des National Fitness Council und die schnelle Verabschiedung des Physical Training and Recreation Act seien „Beweis für die weitverbreitete Erkenntnis, dass körperliche Fitness zu nationaler Effizienz und persönlichem Glück“ führe[57]. Wiederum wurde deutlich, dass das Ziel des verstärkten staatlichen Engagements für die Fitness der Bevölkerung auch in der Steigerung von deren körperlicher Leistungsfähigkeit zum Wohle des Gemeinwesens lag. Das Schlagwort der nationalen Effizienz schlug dabei, wie schon der Gebrauch der militärischen Tauglichkeitsterminologie im Wahlprogramm von 1935, wiederum die Brücke zu älteren Debatten über den physischen Zustand der Nation.

[54] TNA, ED 113/48, National Advisory Council for Physical Training and Recreation, Treffen am 3. 3. 1937.

[55] Eine zeitgenössische Studie zu nationalen Beratungsgremien urteilte: „First-rate posters were displayed throughout the country, while an excellent illustrated booklet, In Work or Play, Fitness Wins, showed unmistakably that it had been compiled by a professional advertising expert.“ In: R. V. Vernon/N. Mansbergh (Hrsg.), Advisory Bodies. A Study of their Uses in Relation to Central Government 1919–1939, London 1940, S. 209.

[56] Vgl. die Entwürfe in: TNA, ED 136/91.

[57] National Fitness Council for England and Wales (Hrsg.), National fitness. The first Steps, London 1937, S. 1.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Zusammenhang zwischen körperlicher Ertüchtigung und den Pflichten des einzelnen Bürgers gegenüber dem Gemeinwesen stand auch im Zentrum der Debatte um Edward Grigg[58], den Vorsitzenden des NFC-Regionalkomitees für Somerset und Gloucestershire. Dieser wandte sich im Februar 1938 in einem Brief an Premierminister Chamberlain und berichtete darin seinem Parteifreund, dass Bildungsminister James Stanhope, der Amtsnachfolger Oliver Stanleys, ihn zum Rücktritt von seinem Ehrenamt aufgefordert und dies damit begründet habe, dass Grigg öffentlich für einen dreimonatigen Zwangsdienst als „Anerkennung einer nationalen Pflicht“ und zur Schulung in der Zivilverteidigung eingetreten sei[59]. Tatsächlich hatte Grigg, unter anderem in einer Artikelserie, die im Januar und Februar 1938 im *Observer* veröffentlicht worden war[60], die Einführung eines „kurzen, nichtmilitärischen Trainings in Lagern“ gefordert, dem sich „junge Männer aller Klassen, bevor sie das Wahlrecht erhalten“, unterziehen sollten[61].

Dieser Vorschlag war in Griggs Augen eine Konsequenz aus der Tatsache, dass nach dem Ende der „alten Ordnung der Ideen“ in Folge der fundamentalen Erschütterung des Ersten Weltkriegs keine neue „moralische Doktrin“ an die Stelle des alten Wertesystems der britischen Gesellschaft getreten sei. In diesem Punkt seien „die Diktatoren des Kontinents“ der parlamentarischen Demokratie in Großbritannien einen Schritt voraus, denn ihnen sei es gelungen, ein „neues, intensives und aufopferungsvolles Ideal des Dienstes gegenüber der Nation und dem Staat“ durchzusetzen. Obwohl Grigg keineswegs Sympathien für die Ziele der nationalsozialistischen Herrschaft hegte, hielt er die „Leidenschaft“ für den Dienst an der Nation für durchaus nachahmenswert:

> „However misguided that fervour may be, it is fervour, devotion, belief; and freedom must produce a sense of duty equal to it in strength, if it is to hold its own in the critical years through which it has once again to pass.“[62]

Grigg sah im nationalsozialistischen Deutschland eine akute Bedrohung für den Frieden in Europa, auf die Großbritannien nicht nur mit einer schnellen Aufrüstung, sondern auch mit einer Verbesserung der „moralischen Qualität der gesamten Nation“ reagieren müsse. Als wesentliche Bestandteile dieser „morali-

[58] Sir Edward Grigg (1879–1955) hatte seine Karriere als Journalist bei der Londoner Times begonnen. Nach dem Ersten Weltkrieg war er als Privatsekretär von Premierminister David Lloyd George tätig, bevor er 1925 zum Governeur von Kenia ernannt wurde, wo er bis 1930 blieb. Von 1933 bis 1940 gehörte er, nunmehr als Mitglied der konservativen Fraktion, dem House of Commons an. Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs bekleidete Grigg verschiedene Posten im neugeschaffenen Ministry of Information und im War Office. Nach seinem Rückzug aus dem politischen Leben 1945 übernahm er 1948 die Herausgeberschaft des rechtskonservativen National Review. Vgl. Eintrag in: Matthew/Harrison (Hrsg.), Oxford Dictionary of National Biography, Bd. 24.

[59] TNA, ED 136/89, Grigg an Chamberlain, 16. 2. 1938.

[60] Die Artikelserie wurde im Mai 1938 in Buchform veröffentlicht; vgl. Sir Edward Grigg, Britain Looks At Germany, London 1938.

[61] Leserbrief von Grigg in: Times vom 28. 2. 1938, S. 15.

[62] Grigg, Britain, S. 178.

Jahrgang 57 (2009), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Qualität“ sah Grigg die Einstellung der Bürger zu Disziplin und Pflichtbewusstsein und, eng damit verbunden, ihre körperliche Fitness[63]. Seiner Meinung nach galt Großbritannien im nationalsozialistischen Deutschland als eine Nation von Individualisten ohne Pflichtgefühl dem Staat gegenüber. Die Veränderung dieser Wahrnehmung, so Griggs Argumentation, sei ebenso wichtig für die Verhinderung eines neuen Kriegs wie die stete Erhöhung des Verteidigungsetats. Vor allem die erfolgreichen Bemühungen der Nationalsozialisten, die Ideologie der Unterordnung des Individuums unter die Bedürfnisse der Gemeinschaft in der Jugend zu verankern, sollten nach Griggs Ansicht als Vorbild für Großbritannien dienen. Dies stand für ihn nicht im Widerspruch zur Bewahrung demokratischer und liberaler Werte, sondern war im Gegenteil deren Voraussetzung:

> „It is true, of course, that training in citizenship is much simplified in a totalitarian State. Here it is complicated by a widespread conflict of theories and ideals as to the proper ordering of the State. But we must really face the question whether the best of our youth are being taught a sense of duty to our own democratic system (as to which all parties agree in principle) comparable in any way to the spirit of service which is being fostered in the future leaders of Germany.“[64]

Obwohl Griggs Ansichten über eine angemessene Antwort der britischen Demokratie auf die Herausforderung des Nationalsozialismus in mancher Hinsicht mit dem übereinstimmten, was der ehemalige Bildungsminister Stanley und andere politische Repräsentanten des Programms zuvor über die moralischen Absichten der National Fitness Campaign geäußert hatten, war sich die Regierung schnell einig, dass Grigg zurücktreten müsse. Am 18. Februar 1938 wandte sich Stanhope an den Premier, um ihn von seiner Sicht auf die Personalie Grigg in Kenntnis zu setzen. Stanhope berichtete, dass nach der Publikation von Griggs Artikeln in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden sei, die National Fitness Campaign würde früher oder später in ein Pflichtprogramm umgewandelt, was dazu geführt habe, dass die Labour-Party ernsthaft darüber nachdenke, ihre prinzipielle Unterstützung für die Kampagne zu beenden. Selbst aus den Reihen der Conservative Party seien, so Stanhope, kritische Stimmen gegenüber Griggs Äußerungen laut geworden. Lord Aberdare und seine Kollegen im National Fitness Council hielten es für unmöglich, dass Grigg weiterhin eine Kampagne repräsentiere, „von der die Regierung ständig erklärt hat, dass sie auf rein freiwilliger Basis durchgeführt wird, während Grigg gleichzeitig für einen Pflichtdienst in Lagern eintritt, der ähnliche und in mancher Hinsicht identische Ziele verfolgt“. Stanhope stimmte den Ansichten Aberdares und des NFC vorbehaltlos zu und appellierte an Chamberlain, diese Haltung ebenfalls zu unterstützen, falls Grigg sich in der Angelegenheit persönlich an ihn wende[65].

Dieser Bitte kam Chamberlain wenige Tage später nach. Sein Schreiben an Grigg machte deutlich, dass es nicht die grundsätzliche Ablehnung der Vor-

[63] Vgl. ebenda, S. 179 f.
[64] Ebenda, S. 187.
[65] TNA, ED 136/89, Stanhope an Chamberlain, 18. 2. 1938.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schläge seines Parteifreundes, sondern die Einsicht in die politische Notwendigkeit von Griggs Rücktritt war, die ihn dazu bewog, Aberdare und Stanhope in ihrer Einschätzung zu folgen. So schrieb er in einfühlsamem und um Verständnis bemühtem Ton am 23. Februar an Grigg:

> „The trouble is that opponents of the Government have for some time been trying to discredit the movement by declaring that it is intended to introduce some form of compulsory training. [...] the effect of which has already been seen in a weakening in some quarters of support hitherto freely offered. [...] I am extremely sorry that you should have felt sore about all this. But it is like other cases where people have had to give up official positions to carry on a crusade – and yours is a crusade."[66]

Griggs Empörung über die Aufforderung zum Rücktritt wurde von der *Times* geteilt, mit der Grigg durch seine langjährige Mitarbeit in besonderer Weise verbunden war. Das Blatt widmete der Debatte innerhalb weniger Wochen zwei Leitartikel und veröffentlichte mehrere Leserbriefe zum Thema[67]. Nachdem Aberdare und Stanhope bei einer Konferenz des NFC am 18. Februar 1938 öffentlich erklärt hatten, sie würden jegliche „Forderung nach Zwang" in Verbindung mit der National Fitness Campaign strikt zurückweisen, konterte die *Times* am nächsten Tag mit der Feststellung, man müsse durchaus darüber nachdenken, was zu tun sei, wenn die Kampagne es nicht schaffe, mehr Enthusiasmus für körperliche Aktivität zu erzeugen und die Angebote an die Bevölkerung entsprechend zu verbessern[68]. Vor dem Hintergrund des eher schleppenden Starts des Programms und der Dringlichkeit ihres Ziels sei es verständlich, dass es Verantwortliche auf lokaler und regionaler Ebene gebe, welche die Ausdehnung eines „Systems nationalen Trainings" auf die Zeit nach dem Schulabschluss befürworteten. Ohne dessen Namen zu erwähnen, setzte sich der Autor des Artikels für Grigg ein, als er davor warnte, einen dieser lokalen Repräsentanten für die Mitarbeit in der Kampagne zu disqualifizieren, weil er von der Notwendigkeit eines nationalen Pflichtdienstes überzeugt sei. Dies sei ebenso absurd, wie die Mitarbeit davon abhängig zu machen, ob jemand an die Notwendigkeit von Gewerkschaften glaube oder nicht. „Politische Ketzerjagd", so das scharfe Urteil der *Times*, könne nur zu einem Scheitern des Programms führen[69].

Der National Fitness Council reagierte auf diese scharfen Vorwürfe mit einer prompten Replik. Noch am Erscheinungstag des Artikels schrieb Lord Aberdare einen Leserbrief an die *Times*, in dem er darauf hinwies, dass der Grund-

[66] Ebenda, Chamberlain an Grigg, 23. 2. 1938.
[67] Die restliche Tagespresse berichtete im Februar und März 1938 kaum über den Vorfall. Lediglich der Daily Herald veröffentlichte eine kurze Mitteilung über die Rücktrittsforderung an Grigg; vgl. Daily Herald vom 23. 2. 1938, S. 11.
[68] Bereits Ende Januar war in einem weiteren Leitartikel die Einführung eines verpflichtenden Arbeitsdienstes befürwortet und dabei auch auf die Erfolge des Reichsarbeitsdienstes hingewiesen worden; vgl. Times vom 29. 1. 1938, S. 13.
[69] Times vom 19. 2. 1938, S. 13.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 57 (2009), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

satz der Freiwilligkeit bereits im Weißbuch zum Physical Training and Recreation Act festgeschrieben worden sei und nach wie vor die wichtigste Grundlage der Arbeit des NFC darstelle. Aberdare vermied es, den genauen Zusammenhang zwischen der National Fitness Campaign und den Vorschlägen Griggs zu erläutern und damit die Darstellung der *Times* zu widerlegen, das eine habe mit dem anderen nichts zu tun. Er betonte lediglich, dass „Zwang in jeder Form dem National Fitness Movement vollkommen fremd" sei[70]. Das öffentliche Eingeständnis, dass die National Fitness Campaign und der von Grigg geforderte nationale Pflichtdienst „ähnliche und zum Teil identische Ziele" verfolgten – so die Formulierung von Bildungsminister Stanhope in seinem Brief an Chamberlain –, hätte den Vorwürfen, die zurückzuweisen der NFC so bemüht war, weiteren Vorschub geleistet.

Der nächste Beitrag in der Debatte stammte von Grigg selbst, der, wiederum in einem Leserbrief an die *Times*, seiner Empörung nun auch öffentlich Ausdruck verlieh und dabei den Ton der Auseinandersetzung erheblich verschärfte. Nachdem er erklärt hatte, er habe seine gesellschafts- und sozialpolitischen Ansichten bereits seit mehreren Jahren öffentlich vertreten, was ihm viel Zustimmung, aber auch viel Misstrauen beschert habe, identifizierte Grigg die „Sozialisten" als die Schuldigen an seiner Entlassung. Diese hätten einige Tage zuvor entschieden, dass entweder ihre Repräsentanten oder aber Grigg jede offizielle Verbindung zur National Fitness Campaign beenden müssten. Obwohl in dem Schreiben von Stanhope an Chamberlain tatsächlich deutlich wurde, dass die Rücktrittsforderung an Grigg maßgeblich auf Betreiben der Labour Party hin zustande gekommen war, bleibt unklar, wie deutlich die Partei ihre Forderung formuliert hatte. Wie auch immer die tatsächlichen Zusammenhänge aussahen, für Grigg war die Position der Linken ein *„ultimatum of truly Nazi broadmindedness"*.

Anders als die Labour Party griff Grigg den NFC nicht direkt an, warf ihm jedoch ein Übermaß an „zentraler Kontrolle" und „zentralem Diktat" vor, weil das Regionalkomitee für Somerset und Gloucestershire selbst nicht in die Entscheidung über die Zukunft seines Vorsitzenden einbezogen worden war. Grigg selbst präsentierte sich wiederum als Verfechter demokratischer Werte, als er abschließend erklärte, dass die britische Nation „trotz der Angriffe der Bürokratie immer noch ein demokratisches Volk" sei und er darauf vertraue, dass die Vorfälle um seinen Rücktritt mittelfristig zu einer Vergrößerung der Handlungsspielräume lokaler Behörden und privater Organisationen führen werde[71].

Die *Times* indes äußerte in einem zweiten Leitartikel, der sich mit den Vorgängen um Griggs Rücktritt beschäftigte, fundamentale Kritik am NFC sowie am Board of Education und bezeichnete das Verhalten Stanhopes und Aberdares als „Bruch mit der [...] britischen Tradition, dass politische Überzeugungen kein Hindernis für ein öffentliches Ehrenamt sein sollten". Die Labour-Party, deren Protest auch nach Ansicht der *Times* der Auslöser für Griggs Rücktritt gewesen

[70] Ebenda vom 22. 2. 1938, S. 15.
[71] Times vom 28. 2. 1938, S. 15.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war, sei diesem Grundsatz nie treu gewesen und vertrete die Ansicht, dass „man im Dienst an der Öffentlichkeit nur Sozialisten trauen könne“[72].

Der National Fitness Council, das Board of Education und das durch sie repräsentierte National Government mussten in der Debatte um den Rücktritt von Edward Grigg scharfe und grundsätzliche Kritik vom bedeutendsten Sprachrohr des britischen Establishment hinnehmen. Die Argumentation der *Times* gegen die Entscheidung des NFC war dabei in gewisser Hinsicht paradox: Einerseits attackierte das Blatt Aberdare und Stanhope für ihren angeblichen Bruch mit der britischen Tradition der Gewissensfreiheit in öffentlichen Ämtern, andererseits stellten sie sich hinter den Verteidiger eines sozialpolitischen Konzepts, das kaum mit dem liberalen Grundkonsens der politischen Kultur Großbritanniens vereinbar schien. Die Entlassung des Befürworters eines Pflichtdienstes – dessen Konzeption vom Reichsarbeitsdienst inspiriert schien, aber bewusst vage formuliert blieb – stieß sicher auch in Teilen der konservativen Wählerschaft, die mit Griggs Vorstellungen sympathisierten, auf Kritik. Um die Zustimmung der Mehrheit der Wähler, namentlich der Arbeiter, zur National Fitness Campaign und zur Politik der Regierung insgesamt zu sichern, war es in den Augen der verantwortlichen Politiker jedoch unumgänglich, sich deutlich von sozialpolitischen Konzepten zu distanzieren, deren Basis eine Dienstpflicht der Bürger gegenüber dem Staat war. Wie Bildungsminister Stanhope intern einräumte, verfolgte die National Fitness Campaign mit der körperlichen Ertüchtigung der Bevölkerung und der Weckung eines Pflichtgefühls der Bürger gegenüber dem Staat ähnliche Ziele wie der von Grigg vorgeschlagene Lagerdienst. Ein formaler Zwang zur körperlichen Ertüchtigung und zur Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten war jedoch, abgesehen von militärischen Notsituationen, in Großbritannien nicht mehrheitsfähig[73].

Der Entschluss, Grigg zum Rücktritt aufzufordern, war eine politische Grundsatzentscheidung, die auf höchster Ebene getroffen wurde. Sie war das Ergebnis der Überzeugung, dass autoritäre sozialpolitische Konzepte in Großbritannien nicht mehrheitsfähig waren und eine Assoziierung mit ihnen der Regierung politisch schaden würde. Dies bedeutet allerdings nicht, dass Chamberlain, Stanhope und Aberdare die Idee eines Pflichtdienstes aus tiefer Überzeugung grundsätzlich ablehnten. Wie die Unterstützung der *Times* für Griggs Ideen verdeutlicht, wurden derartige Konzepte nicht nur von rechtskonservativen Exzentrikern vertreten, sondern entfalteten ihre Anziehungskraft bis in die Mitte der britischen Gesellschaft hinein.

[72] Ebenda vom 2. 3. 1938, S. 15.

[73] Auch die militärische Dienstpflicht in Kriegszeiten war politisch keineswegs unumstritten. Zum Widerstand der politischen Linken und der Kirchen gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht während des Ersten Weltkriegs vgl. Christoph Jahr, British Prussianism. Überlegungen zu einem europäischen Militarismus im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Wolfram Wette (Hrsg.), Schule der Gewalt. Militarismus in Deutschland 1871–1945, Berlin 2005, S. 246–354, bes. S. 254–258.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

3. Ferienlager für Arbeiter? Die Diskussion um den Camps Act 1938/39

Ein weiteres Beispiel für den profunden Einfluss autoritärer Ertüchtigungspolitik auf die politische Diskussion in Großbritannien war die Debatte um den Aufbau staatlich subventionierter Ferienlager im Winter 1938/39. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten mit bezahltem Urlaub war in den vorausgehenden Jahren stark gestiegen. Durch die Verabschiedung des Holidays with Pay Act im Juli 1938 wurde diese Entwicklung zusätzlich beschleunigt, so dass es Ende 1938 8,75 Millionen britische Arbeitnehmer gab, die einen Anspruch auf bezahlten Urlaub hatten[74]. Diese veränderte Situation führte zu neuen Forderungen nach einer freizeitpolitischen Intervention des National Government. Gleichzeitig war durch die weitere Verschärfung der internationalen politischen Situation der Schutz der Zivilbevölkerung im Kriegsfall, insbesondere vor Luftangriffen, ins Zentrum des öffentlichen Interesses gerückt[75]. Ende Oktober 1938 hatte ein Komitee aus Mitgliedern des Unterhauses unter dem Vorsitz von John Anderson, dem Lordsiegelbewahrer, einen Bericht über die Notwendigkeit und Möglichkeit der Evakuierung der städtischen Bevölkerung in ländliche Gebiete veröffentlicht. Darin wurde unter anderem der Aufbau von Lagern außerhalb der Städte und der industriellen Ballungsgebiete gefordert, in denen zumindest ein Teil der Evakuierten untergebracht werden könnte[76].

Die Verbindung dieser beiden Themen – der wachsende Bedarf an preiswerten Urlaubsunterkünften einerseits, die Notwendigkeiten der Kriegsvorbereitung andererseits – wurde unter anderem im Conservative Research Department thematisiert. In einem Memorandum vom 1. November 1938 kam es zu dem Vorschlag, eintausend Lager zu errichten, die im Kriegsfall als Unterkünfte für die evakuierte Stadtbevölkerung und in Friedenszeiten als Ferienlager für Schulkinder und als Urlaubsunterkünfte für Arbeiterfamilien genutzt werden sollten. Auf diese Weise, so der zuständige CRD-Mitarbeiter Hanrott, könne die Regierung „aus der Not eine Tugend machen“ und zumindest einen kleinen Nutzen aus den „üppigen Ausgaben für den Luftschutz und die Kriegsvorbereitung“ ziehen[77].

Ebenfalls Anfang November erörterte auch das „Sports and Games Committee“ des National Fitness Council, wie „gesunde Ferien“ für diejenigen Millionen von Bürgern gefördert werden könnten, die durch die neue Gesetzgebung erstmals in den Genuss bezahlten Urlaubs kämen, denen eine Erholungsreise jedoch nur möglich sei, wenn die „Bereitstellung preiswerter Unterkünfte massiv ausgewei-

[74] Parliamentary Debates, Vol. 340, 3. 11. 1938, Sp. 349. Noch 1931 lag die Zahl der Beschäftigten mit einem Anspruch auf bezahlten Urlaub bei lediglich 1,5 Millionen. Vgl. Gunther Mai, Europa 1918–1939. Mentalitäten, Lebensweisen, Politik zwischen den Weltkriegen, Stuttgart 2001, S. 135.

[75] Die Angst vor Luftangriffen war bereits seit Mitte der dreißiger Jahre ein in der Öffentlichkeit viel diskutiertes Thema. Vgl. dazu Benny Morris, The roots of appeasement. The British weekly press and Nazi Germany during the 1930s, London 1991, Kapitel 3.

[76] Times vom 28. 10. 1938, S. 15.

[77] CPA, CRD 1/80, Memorandum (ohne Titel), 1. 11. 1938.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tet“ werde. Neben kommerziellen Anbietern, die bereits über 100 derartiger Einrichtungen betrieben, sollte nach Ansicht des NFC auch der Staat auf diesem Gebiet aktiv werden. Ebenso wie das Conservative Research Department sahen die Mitglieder des „Sports and Games Committee“ die Luftschutzbehörde dabei als idealen Kooperationspartner. Die geplanten Lager sollten auch nach ihren Überlegungen in drei Funktionen genutzt werden: als Ferienunterkünfte für Familien, als Erholungsorte für Schulkinder und, im Falle eines „nationalen Notstands“, als Unterkünfte für Evakuierte. Der NFC sah den Aufbau von Ferienlagern dabei als wichtigen Baustein seines ertüchtigungspolitischen Programms. So sollte die körperliche Fitness zumindest der erwachsenen Urlaubsreisenden nicht nur durch frische Luft und die Abwesenheit von den Belastungen des Arbeitslebens, sondern auch durch das gezielte Angebot sportlicher Betätigung in den Ferienlagern gefördert werden[78].

Auch im Parlament und in der Presse wurden nach dem Erscheinen des sogenannten Anderson-Berichts Forderungen nach dem flächendeckenden Aufbau von Lagern laut, die sowohl in Friedens- wie in Kriegszeiten genutzt werden könnten. So schlug der konservative Abgeordnete Hunloke Anfang November im House of Commons vor, dass die von Anderson geforderten Evakuierungslager, deren Bau von jüngeren Arbeitslosen übernommen werden könne, auch als Ferienlager für Kinder verschiedener sozialer Herkunft genutzt werden sollten. Bei der Erfüllung des Ziels, die „nationale Einheit“ zu stärken, würden Lager, in denen „Jungen aus den Public Schools ihre Ferien gemeinsam mit Jungen aus den Industriegebieten verbringen“, wertvolle Dienste leisten. Auch Erwachsene sollten nach Hunlokes Ansicht die Möglichkeit bekommen, einen bezahlbaren Erholungsurlaub in den Lagern zu verbringen. Dies hätte den zusätzlichen positiven Effekt, Arbeiter aus den Städten mit den Vorzügen des Landlebens vertraut zu machen und so die Migration in die ländlichen Gebiete mittelfristig zu erhöhen[79].

In der *Times* äußerte Ronald Davison, ein Sozialpolitiker der National Labour Party, konkretere Vorschläge zu einer möglichen Verbindung von Freizeit- und Verteidigungspolitik. Seiner Ansicht nach war es an der Zeit, dass der Staat beginne, direkte Kontrolle über den Aufbau von Ferienlagern für Schulkinder und Erwachsene auszuüben. Zwar seien öffentliche Finanzhilfen zum Bau solcher Lager bereits im Rahmen der National Fitness Campaign erhältlich, von dieser Möglichkeit sei jedoch zu wenig Gebrauch gemacht worden. Da weder das Angebot der Kommunen noch das privater Organisationen an preiswerten Unterkünften ausreichend sei, plädierte Davison für die Einrichtung einer zentralen staatlichen Institution, die in Abstimmung mit der Luftschutzbehörde für den flächendeckenden Aufbau von geeigneten Lagern sorgen sollte. Als mögliches Modell schwebten Davison dabei „Hütten nach schwedischem Vorbild“ vor, von denen innerhalb von anderthalb Jahren eintausend Stück errichtet werden könnten. Trotz der „beträchtlichen

[78] TNA, ED 113/50, Sports and Games Committee, Treffen am 4. 11. 1938. Das Protokoll des folgenden Treffens, das für den 2. 12. angesetzt war und bei dem weiter über das Thema beraten werden sollte, ist nicht erhalten.

[79] Parliamentary Debates, Vol. 341, 9. 11. 1938, Sp. 147 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Kosten", so Davison abschließend, müsse ein „nationales Lagerprogramm", welches ähnlich günstige Urlaubsreisen für Arbeiter wie in Deutschland oder Italien ermögliche, schnell verwirklicht werden. Denn abgesehen von den Erfordernissen der Kriegsvorbereitung, stelle sich für Großbritannien auch die Frage: „*Must we not find our own equivalent to ‚Kraft durch Freude' and ‚Dopolavoro'?*"[80]

Neben mehreren Lesern der *Times*, die nach Erscheinen von Davisons Artikel begeisterte Briefe an den Herausgeber schrieben[81], registrierte auch das Conservative Research Department dessen Argumentation mit Zustimmung. In einem weiteren Memorandum zum Thema Ferienlager regte Hanrott an, über die Bereitstellung von Lagern hinaus auch über eine Kooperation mit verschiedenen Eisenbahngesellschaften nachzudenken, für die sich das Angebot verbilligter Fahrkarten für einkommensschwache Urlauber auf Grundlage des „Massenprinzips" kommerziell sogar lohnen könne. Auch Davisons indirekte Aussage, dass sich Großbritannien an den Erfolgen der nationalsozialistischen respektive faschistischen Freizeitorganisation messen müsse, traf sich mit der Einschätzung des CRD-Mitarbeiters. Anders als Davison, der seine Bewunderung für die deutsche und die italienische Freizeitpolitik in eine rhetorische Frage gekleidet hatte, äußerte sich Hanrott in seinem Memorandum sehr deutlich:

> „Probably the most effective aspect of Nazi technique is the close identification of the Party with the recreation and enjoyment not only of the workers but of the lower middle classes also, and this seems to me to be the leaf which might well be taken by the National Government out of the Nazi book."[82]

Vor dem Hintergrund des immer wahrscheinlicher werdenden Krieges gegen Deutschland und seine Verbündeten erscheint es bemerkenswert, wie anerkennend sich der National-Labour-Politiker Davison und der konservative Stratege Hanrott auf die Freizeitpolitik des faschistischen Italien und vor allem des nationalsozialistischen Deutschland bezogen. Schließlich waren Überlegungen, wie die britische Bevölkerung vor Luftangriffen derjenigen Länder geschützt werden könnte, die Davison und Hanrott als ihre Vorbilder zitierten, der konkrete Anlass für die neuen freizeitpolitischen Forderungen gewesen. Tatsächlich sah vor allem Davison in der Kriegsgefahr eine Chance für sozialpolitische Reformen. Seinen Ausführungen über ein „nationales Lagerprogramm" stellte er eine Überlegung voran, welche den Zusammenhang zwischen äußerer Bedrohung und inneren Entwicklungen auf den Punkt brachte. So führe die „nationale Notwendigkeit, vorbereitet zu sein", dazu, dass „wir schneller bestimmte Wege des sozialen Fortschritts gehen müssen, die wir

[80] Times vom 16. 12. 1938, S. 17.

[81] Vgl. Times vom 31. 12. 1938, vom 6., 9. u. 13. 1. 1939, jeweils S. 13. Der einzige kritische Leserbrief, der veröffentlicht wurde, stammte von einem Vertreter der Workers' Travel Association, der auf die Verdienste seiner Organisation beim Bau von Ferienlagern hinwies und anmerkte, dass „die Arbeiter sich nicht mit der Absonderung als spezieller Klasse und nicht mit hässlichen, geschmacklosen und billigen Lagern zufrieden geben" würden. Times vom 21.1. 1939, S. 8.

[82] CPA, CRD 1/80, Memorandum (ohne Titel), 19. 12. 1938.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

seit langem gehen wollen". Dies gelte nicht zuletzt für „den gesundheitsfördernden Gebrauch der Freizeit"[83]. Statt die gleichzeitige Vorbereitung auf einen Krieg und die Orientierung am freizeitpolitischen Vorbild der potentiellen Angreifer als Widerspruch zu empfinden, sah der Sozialpolitiker Davison in der nationalen Notlage vor allem eine Gelegenheit, langgehegte Forderungen nach einer stärkeren staatlichen Intervention im sozialpolitischen Bereich zu erfüllen.

Nach dem Jahreswechsel 1938/39 konnte auch das National Government die Diskussion über die Lager und die dabei erhobene Forderung nach einem stärkeren Engagement des Staates für die Freizeitgestaltung seiner Bürger nicht mehr länger ignorieren. Earl De La Warr, seit Oktober 1938 Bildungsminister und wie Ronald Davison ein Vertreter der National Labour Party, regte im Januar in einem Brief an mehrere Kabinettskollegen diesbezüglich die Gründung eines „kleinen interministeriellen Komitees" an. Ebenso wie Davison zuvor in der *Times* bemängelte auch der Bildungsminister darin die unzureichende finanzielle Förderung von Ferienanlagen durch den Physical Training and Recreation Act und deutete gleichzeitig seinen Kollegen gegenüber an, dass nur mit dem Verweis auf den Nutzen der Lager im Kriegsfall die Zustimmung des Finanzministers zu zusätzlichen Ausgaben für die staatliche Freizeitförderung zu erwarten sei[84].

Bereits wenige Tage nach De La Warrs Anfrage trat das interministerielle Komitee, dem neben den Ministern für Bildung, Gesundheit und Arbeit auch John Anderson angehörte, zusammen. Dabei wurde wiederum deutlich, dass die Bereitstellung von Geld für den Bau von Ferienlagern durch den National Fitness Council kaum Effekte gezeigt hatte. Davidson vom Board of Education erläuterte, die kommunalen Behörden und die privaten Organisationen hätten von der Möglichkeit eines entsprechenden Zuschusses bisher kaum Gebrauch gemacht, da dieser nur maximal fünfzig Prozent der Gesamtkosten betrage[85]. Daher einigte sich das Komitee darauf, dem Kabinett die Gründung einer Non-Profit-Organisation vorzuschlagen, die im Auftrag der Regierung zunächst einhundert Lager mit den von Davison und anderen geforderten drei Funktionen errichten sollte. Die geschätzten Kosten dafür betrugen zwei Millionen Pfund, also genauso viel, wie der National Fitness Council ursprünglich insgesamt hatte verteilen sollen[86].

Als die Vorschläge des Komitees am 1. Februar im Kabinett diskutiert wurden, war es der Premierminister, der den ambitionierten Plänen seiner Minister skeptisch gegenüberstand. Nachdem John Anderson das Konzept für die Nutzung von Lagern in Friedens- und Kriegszeiten vorgetragen hatte, erwiderte Chamberlain, dass, abgesehen von Lagern für Schulkinder, die ohnehin bereits staatlich gefördert würden, lediglich der Bau von Lagern zu Verteidigungszwecken zusätzliche staatliche Ausgaben rechtfertigen würde. Der Bau von Ferienlagern für die Arbeiterschaft solle jedoch privaten Unternehmen überlassen werden, da ein

[83] Times vom 16. 12. 1938, S. 17.
[84] TNA, ED 136/138, De La Warr an Anderson (Lord Privy Seal), Elliott (Gesundheit), Brown (Arbeit), 10. 1. 1939.
[85] Ebenda, Protokoll „Interdepartmental Consultation on Camps", 16. 1. 1939.
[86] Ebenda, „Memorandum for the Cabinet. Camps for war and peace purposes", (undatiert).

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 57 (2009), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

staatliches Subventionsprogramm Gefahr laufe, „in reiner Geldverschwendung zu enden“[87]. Nach Chamberlains ablehnender Reaktion blieb Anderson und seinen Kollegen nichts anderes übrig, als ihre Vorschläge entsprechend zu überarbeiten, und so sah der im März 1939 ins House of Commons eingebrachte Camps Bill lediglich die Errichtung von 50 Lagern vor, die in Friedenszeiten jeweils 350 erholungsbedürftige Kinder beherbergen sollten. Die verbreiteten Forderungen nach einem staatlichen Engagement für die Erholung der Bürger aller Altersklassen waren nicht erfüllt worden. Die finanzpolitischen Bedenken des Premierministers hatten die Entstehung eines britischen Äquivalents zu „Kraft durch Freude“ und „Dopolavoro“ verhindert.

Fazit

Wie kam es dazu, so lässt sich abschließend fragen, dass die britische Regierung im Herbst 1936 ein Programm zur körperlichen Ertüchtigung der Bevölkerung startete? Die Komplexität historischer Prozesse verbietet es in der Regel, auf eine simple Frage auch eine simple Antwort zu geben. So verhält es sich auch in diesem Fall. Die National Fitness Campaign kann als britische Antwort auf die Ertüchtigungspolitik der kontinentaleuropäischen Diktaturen verstanden werden. Der entscheidende Grund für die Initiierung des Programms war der in der Öffentlichkeit ebenso wie in der politischen Elite des Landes verbreitete Eindruck, Großbritannien befinde sich in Bezug auf die körperliche Leistungsfähigkeit seiner Bevölkerung anderen Ländern gegenüber im Rückstand. Den Hauptgrund der britischen Befürchtung, anderen Nationen physisch unterlegen zu sein, bildete das nationalsozialistische Deutschland.

Die ertüchtigungspolitischen Maßnahmen in den kontinentaleuropäischen Diktaturen und insbesondere im Dritten Reich hatten indes keinen direkten Einfluss auf den Physical Training and Recreation Act, der die gesetzliche Grundlage der National Fitness Campaign darstellte. So fanden die detaillierten Informationen über die Organisation der Leibesertüchtigung im nationalsozialistischen Deutschland, welche die Delegation des Board of Education nach ihrem Besuch in Deutschland im November 1936 zusammengetragen hatte, weder in dem Gesetz selbst noch in den Debatten im Unterhaus oder in den Ausschusssitzungen zur detaillierten Beratung des Gesetzes einen sichtbaren Niederschlag.

Bei der Initiierung der National Fitness Campaign hingegen hatte die Wahrnehmung der vermeintlichen Ergebnisse der nationalsozialistischen Ertüchtigungspolitik eine wichtige Rolle gespielt. Es war kein Zufall, dass sich Neville Chamberlain im Oktober 1936, wenige Monate nach der Olympiade in Berlin, erstmals öffentlich zu dem seit langem geplanten Programm äußerte. Wie die Rede des Schatzkanzlers deutlich machte, hatten die Spiele in Großbritannien den Eindruck bekräftigt, dass die britische Bevölkerung bezüglich ihrer physischen Leistungsfähigkeit vor allem den deutschen Gastgebern unterlegen sei. Damit wurde die Sportveranstaltung zum entscheidenden Katalysator einer politi-

[87] TNA, CAB 23/97, Kabinettssitzung am 1. 2. 1939, S. 133.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Initiative zur Verbesserung der nationalen Konstitution. Nicht nur die Leistungen der deutschen Athleten, sondern vor allem die Inszenierung der körperlichen Leistungsfähigkeit der deutschen Jugend[88] gab den entscheidenden Impuls für den Start der seit Jahren geplanten Initiative. Dass diese Inszenierung wenig mit der gesellschaftlichen Realität im Dritten Reich zu tun hatte[89], wurde – wie Neville Chamberlains bewundernde Äußerung über die „hervorragende Verfassung der deutschen Jugend“ verdeutlichte – von den relevanten Akteuren nicht reflektiert.

Die öffentlichen Reaktionen auf Chamberlains Ankündigung demonstrierten die grundsätzliche Unterstützung der National Fitness Campaign durch große Teile der britischen Gesellschaft. Die Kritik der linken Presse und die eher abwartende Haltung der Labour Party und der Gewerkschaften verdeutlichte jedoch, dass das Programm Gefahr lief, als Maßnahme zur Vorbereitung der Bevölkerung auf einen immer wahrscheinlicher werdenden Krieg interpretiert zu werden.

Dass solche Vorwürfe nicht gänzlich unbegründet waren, zeigte sich, als Bildungsminister De La Warr im Sommer 1939 ein Konzept zur Neuausrichtung der Aktivitäten des NFC vorlegte, mit dem er Finanzminister John Simon zur Bewilligung zusätzlicher Mittel zur Fortsetzung des Programms bewegen wollte[90]. Darin wurde unter anderem die Einführung eines nationalen Sportabzeichens vorgeschlagen. Diese Maßnahme werde, so De La Warr, auch von der Armee begrüßt, da ein solches Abzeichen in das körperliche Training der jungen Rekruten integriert werden könne. Tatsächlich hatten im Juli 1939 zu diesem Thema Gespräche zwischen Vertretern des NFC und des Kriegsministeriums stattgefunden. Nach Meinung der Beamten des War Office sollte ein nationales Sportabzeichen möglichst bald und vor einem möglichen Kriegsausbruch eingeführt werden, um den Eindruck zu verhindern, es handele sich dabei um eine rein wehrpolitische Maßnahme[91].

Der Vorwurf, die Kampagne verfolge militärische Ziele, spielte auch in der Debatte um den Rücktritt Edward Griggs eine zentrale Rolle. Die regierungsinterne Diskussion machte dabei deutlich, dass ein formaler Zwang der Bürger, die Pflicht zur körperlichen Ertüchtigung zu erfüllen, keine politische Option war. Obwohl die Absetzung Griggs vor allem ein strategischer Zug war, um die Unterstützung der politischen Linken für das Programm zu sichern beziehungsweise zu erlangen, kann die Debatte auch als Prozess der Selbstvergewisserung der politischen Akteure gedeutet werden. Vor dem Hintergrund der vor allem in konservativen Kreisen verbreiteten Sympathien für Institutionen wie den Reichsarbeitsdienst war die Begründung der britischen Sozialpolitik auf einem liberalen Grundkonsens nicht mehr selbstverständlich.

---

[88] Zu den Massensportvorführungen im Rahmen der Olympischen Spiele vgl. Thomas Alkemeyer, Körper, Kult und Politik. Von der „Muskelreligion“ Pierre de Coubertins zur Inszenierung von Macht in den Olympischen Spielen von 1936, Frankfurt a. M. 1996, S. 455 f.

[89] Zur Diskrepanz zwischen der NS-Ertüchtigungspropaganda und der gesellschaftlichen Realität vgl. Patel, Soldaten der Arbeit, S. 237 f.

[90] TNA, ED 136/94, Memorandum „Future policy for the promotion of physical training and recreation in England and Wales“, (undatiert).

[91] Ebenda, Holmes an Herbert J. Creedy (War Office), 19. 7. 1939.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Als der National Fitness Council seine Arbeit in Folge des Kriegsausbruchs im September 1939 schließlich einstellen musste, ließen sich die tatsächlichen Erfolge der Kampagne kaum zuverlässig beurteilen. Einen Beweis der Überlegenheit der Demokratie in dem von Oliver Stanley im Februar 1937 beschriebenen Sinne hatte das Programm nicht erbracht. Gleichwohl hatte die Existenz einer kritischen Öffentlichkeit und deren entscheidender Einfluss auf die Gestaltung der National Fitness Campaign und ihre normativen Grundlagen die Funktionsfähigkeit der britischen Demokratie verdeutlicht.

Jahrgang 57 (2009), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte